

Antrag an den Landesparteitag DIE LINKE. NRW am 30.6.2024

Durchführung einer Inklusionskonferenz – Gemeinsam gegen Ausgrenzung und Diskriminierung

1.) Der Landesvorstand DIE LINKE NRW führt gemeinsam mit den LAGen eine eintägige Konferenz zum Thema „Inklusion (geht nur) für Alle“ durch. Die Fraktionen der Landschaftsverbände werden gebeten, sich am Konzept, der Organisation und der Durchführung der Konferenz zu beteiligen. Die Konferenz soll im Zusammenhang mit dem Europäischen Protesttag der Menschen mit Behinderungen am 5. Mai 2025 stattfinden.

Die Konferenz dient der fachlichen Vorbereitung eines Leitantrages für einen Landesparteitag in 2025 oder 2026 mit dem Themenschwerpunkt Inklusion. Dabei sollen auch unsere bisherigen Forderungen evaluiert und eventuell verbessert oder ergänzt werden.

2.) Die Konferenz wird gemeinsam mit inklusiven Vereinen und Verbänden vorbereitet

3.) Die Konferenz soll das Bewusstsein fördern,

- a. dass viele Menschengruppen aus unterschiedlichen Gründen ausgegrenzt und diskriminiert werden und welche negativen sozialen Folgen das hat
- b. dass Ausgrenzung und Diskriminierung bewusst von der herrschenden Klasse als Instrument genutzt wird, um zu spalten und besser die Reproduktions- und Lohnkosten zu senken
- c. dass in Vorbereitung auf Krieg und um sich die Möglichkeit einer Herrschaftssicherung mit faschistischen Mitteln für die Zukunft offen zu halten die Kapitalistenklasse Sündenböcke braucht und aktuell als Hauptsündenböcke Geflüchtete installiert werden

4.) Die Konferenz soll ein Konzept für den gleichberechtigten Kampf gegen Ausgrenzung und Diskriminierung erarbeiten und dabei die soziale Frage in den Mittelpunkt stellen

Begründung:

Die Auseinandersetzungen innerhalb unserer Partei sind ein Spiegelbild der Auseinandersetzungen in der Gesellschaft. Dies gilt besonders für die Friedens- und Migrationspolitik. Hier liegt eine wesentliche Ursache für die Abspaltung aus der Partei und für unsere Schwäche, diese Abspaltung nicht zu verhindern. Viele langjährige Genoss:innen sind ausgetreten, große Teile von ihnen sind jetzt in der neuen Partei BSW. Das ist ein Verlust für DIE LINKE und hat uns geschwächt.

Ein Grund für viele Austritte ist das Thema „Identitätspolitik“: Innen wie außen ist der Eindruck entstanden, dass die LINKE eine Partei geworden ist, die nur die – wenn auch berechtigten (Sonder)Interessen - einzelner Identitäten bedient und nicht mehr als sozialistische Partei ihre Politik aus dem Klassengegensatz und der Eigentumsfrage als Hauptwiderspruch entwickelt. Diese Zuschreibung wurde und wird natürlich von der bürgerlichen Presse gefördert und gestärkt.

Dabei ist es doch vom Wesen und den sozialen Folgen egal,

- Ob ich eine Wohnung oder Arbeit nicht bekomme, weil ich behindert bin oder eine nicht-weiße Hautfarbe habe
- Ob ich weniger Lohn bekomme, weil ich weiblich oder behindert bin oder im Osten wohne
- Ob ich in der Schule gemobbt werde, weil ich mir keine Markenklamotten leisten kann oder weil ich aus religiösen Gründen anders gekleidet bin
- Ob ich keinen Kredit bekomme, weil ich alt bin oder in einem Viertel wohne, in dem viele arme Menschen wohnen
- Ob ich auf der Straße angepöbelt werde, weil ich im Rollstuhl fahre, obdachlos, jüdisch oder queer bin

Immer ist dies kapitalistische Ausgrenzung, Exklusion, die neben der persönlichen Verletzung auch soziale Ausgrenzung zur Folge hat.

Wir erinnern uns: Die Faschisten konnten auch an die Macht kommen, weil sie es geschafft haben, ein völkisches Verständnis zu installieren: Menschen jüdischen Glaubens, Menschen mit Behinderungen, Sinti und Roma, Kommunisten, Sozialdemokraten und auch homosexuelle Menschen wurden systematisch ausgegrenzt und stigmatisiert.

Wir erinnern uns: Auch weil die ausgegrenzten Menschengruppen oft nicht gemeinsam gekämpft haben, gespalten waren und keine Solidarität erfuhren, konnten die Faschisten die Macht ergreifen.

In diesem Sinne soll die beantragte Konferenz die Gemeinsamkeit in der Partei stärken und gegen Rechtsruck und faschistische Tendenzen ermutigen. Die Konferenz soll einen Raum für Dialog und Austausch schaffen, um die Gemeinsamkeiten innerhalb der Partei zu bewußt zu machen und gegen Rechtsruck und faschistische Tendenzen zu stärken. .

Inklusion ist viel mehr als Behindertenpolitik - Inklusion für Alle gegen jede (Form von) Ausgrenzung! Ohne Inklusion keine wirkliche Demokratie!

Der Antrag wird gestellt von:

Landesarbeitsgemeinschaft Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheit & Soziales

DIE LINKE KV Coesfeld

DIE LINKE KV Herne

DIE LINKE KV Minden-Lübbecke

DIE LINKE KV Recklinghausen

DIE LINKE KV Siegen-Wittgenstein

DIE LINKE KPF NRW

Für die LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik und als Ansprechpartner für den Antrag



Rolf Kohn